

Klimawandel, Energiewende & sonstiger Missbrauch

Mit immer mehr Steuern und Abgaben werden auch in den Industrieländern die Menschen finanziell ausgeblutet. Unter dem Vorwand des Klimaschutzes z.B. wird die Energiewende vorangetrieben, die immense Kosten verursacht.

Als Energiewende wird der Umstieg von fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle und Gas auf sogenannte erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Wasser bezeichnet. Allein in Deutschland soll die Energiewende die Steuerzahler rund 23 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Auch in der Schweiz wird die Bevölkerung mit dem neuen Energiegesetz zur Kasse gebeten.

Das gezielte Vortreiben der Energiewende beruht u.a. auf der Theorie des „*menschgemachten*“ Klimawandels. Der zu hohe CO₂-Verbrauch der Menschen soll zur Klimaerwärmung geführt haben. Doch ist dem wirklich so?

- 1,2 % des gesamten jährlichen CO₂-Ausstoßes stammen von fossilen Brennstoffen,
- 2 % stammen von der Atemluft, die der Mensch ausatmet.
- Weit über 90 % stammen aus Quellen, auf die der Mensch keinen Einfluss hat (Meere, Vulkane, Fauna).
- In der Luft kommt das CO₂ nur zu 0,038 % vor.
→ Der Mensch produziert also nur 3,2 % von 0,038 % – das sind 0,0012 %.

? Und diese geringe Menge soll für den Klimawandel verantwortlich sein?

Die Tatsache, dass sich immer mehr Experten kritisch zu einem „*menschgemachten*“ Klimawandel äußern, veranlasste uns dazu, das Thema „*Klimaschutz*“ und die diesbezüglichen Argumente genauer zu untersuchen.

Diese S&G 41/2017 liefert darum unsere Rechercheergebnisse und legt dar, dass zu der ohnehin schon immens hohen Abgaben- und Steuerlast in Industrieländern, die finanzielle Belastung der Steuerzahler durch die sogenannte „*Energiewende*“ noch mehr steigen würde.

- Verpassen Sie auch keinesfalls unsere Artikel, in denen aufgezeigt wird, dass gerade das sogenannte „*Netz des Vertrauens*“ („*Web of Trust*“) Ihre Nutzerdaten missbraucht und wie schnell es kommen kann, dass man ohne Smartphone zahlungsunfähig wird.

Unsere Informationen sollen Ihnen helfen, dass Ihre Gutgläubigkeit nicht missbraucht wird oder Sie aufgrund von Informationsmangel negative Entwicklungen fördern und dabei selbst Schaden nehmen.

Auch mit dieser S&G-Ausgabe bieten wir Ihnen wieder die Möglichkeit, die Wahrheit laut werden zu lassen!

- **Bitte drucken Sie die Nachfolgeseiten aus und tragen Sie dadurch zu deren Verbreitung bei.** DANKE!

Ihr S&G-Team

STIMME UND GEGENSTIMME

KLARHEIT DURCH INTELLIGENTE ANALYTIKER
WENIGGEHÖRTES - VOM VOLK FÜRS VOLK!
FREI UND UNENTGELTICH
INSPIRIEREND
S&G



Medienmüde? Dann Informationen von ...
www.KLAGEMAUER.TV
Jeden Abend ab 19.45 Uhr



HAND-EXPRESS

NICHT GLÄSERNE BÜRGER - GLÄSERNE MEDIEN,
POLITIKER, FINANZMOGULE BRAUCHEN WIR!
WELTGESCHEHEN UNTER
DER VOLKSLUPE
S&G

~ AUSGABE 41/2017 ~



DIE VÖLKER HABEN EIN RECHT AUF STIMME UND GEGENSTIMME

INTRO

Mit immer mehr Steuern und Abgaben werden auch in den Industrieländern die Menschen finanziell ausgeblutet. Unter dem Vorwand des Klimaschutzes z.B. wird die Energiewende vorangetrieben, die immense Kosten verursacht. Als Energiewende wird der Umstieg von fossilen Energieträgern wie Öl, Kohle und Gas auf sogenannte erneuerbare Energien wie Sonne, Wind und Wasser bezeichnet. Allein in Deutschland soll die Energiewende die Steuerzahler rund 23 Milliarden Euro pro Jahr kosten. Auch in der Schweiz wird die Bevölkerung mit dem neuen Energiegesetz zur Kasse gebeten. Das gezielte Vorantreiben der Energiewende beruht u.a. auf der Theorie des „menschgemachten“ Klimawandels. Der zu hohe CO₂-

Verbrauch der Menschen soll zur Klimaerwärmung geführt haben. Doch ist dem wirklich so? 1,2 % des gesamten jährlichen CO₂-Ausstoßes stammen von fossilen Brennstoffen, 2 % stammen von der Atemluft, die der Mensch ausatmet. Weit über 90 % stammen aus Quellen, auf die der Mensch keinen Einfluss hat (Meere, Vulkane, Fauna). In der Luft kommt das CO₂ nur zu 0,038 % vor. Der Mensch produziert also nur 3,2 % von 0,038 % – das sind 0,0012 %. Und diese geringe Menge soll für den Klimawandel verantwortlich sein? Diese S&G zeigt auf, dass es hintergründig um ganz andere Interessen als den Klimaschutz geht und will die Bevölkerung zur Wachsamkeit anhalten.

Die Redaktion (brm.)

Verbot von Öl- und Gasheizungen trotz Klimalüge

ga/ros. Viele wissenschaftliche Stimmen zeigen auf, dass es eine Klimaerwärmung durch CO₂, wie auch einen „menschgemachten“ Klimawandel, nicht gibt. So sagte etwa Jan Veizer, Professor für Geowissenschaften an der Universität Ottawa: „Vor 300 Millionen Jahren waren CO₂-Konzentrationen zehn- bis zwanzigmal so hoch wie heute. Gleichzeitig herrschte eine Eiszeit.“ Trotz solcher gewichtigen Gegenstimmen will der Schwei-

zer Bundesrat bis 2026 Öl- und Gasheizungen verbieten, sofern es nicht gelingt den CO₂-Ausstoß im Gebäudebereich bis 2026 um 51 % zu senken. Parallel soll die CO₂-Abgabe für Brennstoff auf CHF 240.- pro Tonne CO₂ angehoben werden, was eine Verdreifachung der heutigen Abgabe bedeutet. Die Folge daraus wird sein, dass die Schweiz als Industrienation geschwächt und der Lebensstandard der Menschen stark sinken wird. [3]

„Nur die Lügen brauchen die Stütze der Staatsgewalt - die Wahrheit steht von alleine aufrecht.“

Carl Theodor Körner, deutscher Schriftsteller

Gletscherschmelze „menschgemacht“?

rg/dd. Die alljährliche Gletscherschmelze, ausgelöst durch die warmen Sommertage, führte dazu, dass in Schweizer Leitmedien der Klimawandel wieder zum großen Thema wurde. Die Erderwärmung stehe in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ausstoß von CO₂ in die Atmosphäre, die mit der Verbrennung von fossilen Energieträgern stark zugenommen habe. Tatsächlich verringerte sich die Gletscherflä-

che der Schweiz innerhalb der letzten 166 Jahre um die Hälfte. Dass jedoch an dieser Veränderung der „menschgemachte“ Klimawandel Schuld sei, ist unter Klimawissenschaftlern stark umstritten. So ist zum Beispiel bekannt, dass es im 13. Jahrhundert im Schweizer Kanton Wallis keine Gletscher gab und diese erst wieder mit der mittelalterlichen Kleinen Eiszeit von 1400 bis 1850 gewachsen sind. [1]

„Kein Wissenschaftler leugnet die weltweite Erwärmung, so funktioniert eben der Planet Erde seit ein paar Millionen Jahren - mal wird er wärmer, mal wird er kälter. Wir Menschen können das zwar mit Interesse beobachten, aber ändern können wir daran nichts.“

Professor Heinrich Miller, österreichischer Polarforscher

Energiewende begünstigt die Verarmung

ga. In Deutschland ist geplant den Betrieb von Heizungen mit fossilen Brennstoffen wie Gas- und Ölheizungen ab 2030 zu untersagen. Immobilienbesitzer müssten mit extrem steigenden Bau- und Betriebskosten rechnen. Die Initiative „Zukunft Erdgas“ berichtet, dass die Kosten für die Elektrifizierung* des

Wärmemarktes bei 2.000 Milliarden Euro liegen würden. Dies entspricht etwa 50.000 Euro pro Haushalt! Liegt es nicht nahe, dass auf diese Weise eine ganze Bevölkerung abgezockt und in die Verarmung geführt wird? [2]

*die technische Umstellung auf die Verwendung elektrischer Energie, statt Öl, Kohle und Gas.

200 Tage im Jahr für den Staat arbeiten!?

rs. Der deutsche Bund der Steuerzahler ruft einmal im Jahr den „Steuerzahlergedenktag“ aus. 2017 fiel dieser auf den 19. Juli, weil der Durchschnittsdeutsche von anfang Jahr bis zu diesem Tag für den Staat arbeitete. Das sind 200 Tage von insgesamt 365 Tagen im Jahr. Von jedem verdienten Euro verbleiben nämlich bloß 45,4 Cent zur freien Verfügung im Geldbeutel. Vom

großen Rest fließen 21,3 Cent in die Sozialversicherungen, 33,3 Cent in Steuern aller Art. Davon fallen allein für die Lohn- und Mehrwertsteuer 22,6 Cent ab – also zusammen 54,6 Cent, was umgerechnet rund 200 Tagen entspricht. Hier geht eine massive Ausbeutung der Arbeiterschaft vorstatten und es stellt sich die Frage, wie lange dies das noch verkraften wird. [4]

Quellen: [1] www.kla.tv/10903 | www.kla.tv/10953 | Zeitschrift Schweizerzeit, Nr. 12 vom 16.6.2017 [2] www.mmnews.de/vermishtes/20226-deutschland-wird-dekarbonisiert | www.wahrheitssuche.org/erdoel.html | www.focus.de/immobilien/energiesparen/klimaschutzplan-2050-verbot-von-gas-und-oelheizungen-wird-teuer-fuer-verbraucher_id_5692395.html [3] www.fricktal.info/regionen/baselland261/127713-hev-schweiz-bundesrat-will-ein-verbot-von-oel-und-gasheizungen.html | www.schweizerzeit.ch/cms/index.php?page=news/milliardenschwere_fehlplanung-2923 | www.kla.tv/9408 | www.kla.tv/10099 [4] www.steuerzahler.de/Zum-Steuerzahlergedenktag/85230c97010i1p1520/ | Basler Zeitung vom 20.7.2017, S.7

Virenwarnung! Gegenstimmen-Internetseiten werden leider immer wieder von Hackern mit Viren verseucht. Hier schützt der S&G-Handexpress – Infos kurz, bündig und ohne Internetzugang – Tipp für alle, die dennoch auf die Links zugreifen: Nie von einem PC mit wichtigen Daten ins Internet gehen!
Sie haben eine wichtige Info? Verfassen Sie einen kurzen Hand-Express-Artikel. – Nennen Sie darin Ross und Reiter!
Quellen möglichst internetfrei! – Und senden Sie Ihren Kurzaufsatz an SuG@infopool.info

Rentner werden mit AHV*-Reform bestraft

hg./br. Am 24.9.2017 stimmt die Schweizer Bevölkerung über die „AHV-Reform 2020“, der obligatorischen Rentenversicherung ab. Diese wird von den Gegnern als ungerecht bezeichnet, da sie u.a. die aktuelle Rentnergeneration gleich mehrfach bestraft. Diese profitiert nämlich nicht von der monatlichen Rentenerhöhung von CHF 70.- die bei einer Annahme der Reform lediglich den Neurentnern zugesprochen wird. Damit nicht genug. Der AHV-Ausbau für Neurentner soll über eine Mehrwertsteuererhöhung finanziert werden, welche wiederum ärmere Bevölkerungsgruppen, und damit auch etliche Rentner härter treffen wird. Dazu kommt die ersatzlose Streichung des so-

nannten Freibetrages für noch erwerbstätige Rentner: Das heute von Sozialversicherungsabgaben befreite Erwerbseinkommen von Rentnern bis monatlich CHF 1.400.- soll neu abgabepflichtig werden. Damit verlieren Rentner einen Anreiz im Erwerbsleben zu bleiben und ihre große Erfahrung weiterhin einzubringen. Diese Reform scheint ein weiterer „salamitaktischer“** Schritt in Richtung finanzieller Ausbeutung zu sein. Vor allem ohnehin ärmere Bevölkerungsschichten, zu denen viele Rentner gehören, werden bestraft. [5]

*AHV = Alters- und Hinterbliebenenversicherung
 **Bezeichnung für die Vorgehensweise, größere Ziele durch kleine Schritte zu erreichen

Keine Förderung des „Bauernsterbens“ am 24.9.2017

mab. Auch am 24.9.2017 stimmen die Schweizer über den parlamentarischen Gegenentwurf zur Initiative „Für Ernährungssicherheit“ des Schweizerischen Bauernverbandes (SBV) ab. Im Kern verlangte die Initiative des SBV die Stärkung der Inlandproduktion von Lebensmitteln, also einen möglichst hohen Selbstversorgungsgrad. Im nun zur Abstimmung gelangenden Gegenentwurf ist dieser Punkt nicht mehr enthalten. Damit würde die Schweiz im Nahrungsmittelbereich noch abhängiger vom Ausland werden, was sich in Krisenzeiten fatal auswirken könnte. Umso fragwürdiger erscheint dadurch der Entscheid des SBV, seine in Rekordzeit

mit 148.000 Unterschriften zustandegekommene Initiative zurückzuziehen und den „verwässerten“ Gegenentwurf zu unterstützen. Wohin die Reise mit dem Gegenentwurf gehen soll, offenbarte Bundesrat Johann Schneider-Ammann in einem Interview: „Der Schritt Richtung offene Märkte tut der Landwirtschaft zwar weh, aber er bedroht nicht ihre Existenz [...]. Es braucht größere Strukturen und weniger Betriebe [...].“ Anhand dieser Aussagen ist zu befürchten, dass bei einer Annahme des Gegenentwurfs, das „Bauernsterben“ in der Schweiz noch drastischer als bisher fortschreiten wird. [6]

„Störend an dieser Reform ist, dass nur wenige profitieren, währenddem alle anderen dafür zahlen sollen. Das hat nichts mehr mit Solidarität zu tun.“
Andri Silberschmidt, Präsident der Jungfreisinnigen

WOT* – Missbrauch von Nutzerdaten im großen Stil

fh. Das Internet preist die Lösung für beinahe alle Probleme des menschlichen Alltags an. So soll eine kostenlose Software namens „Web of Trust“ (WOT) – zu Deutsch „Netz des Vertrauens“ – anzeigen, ob eine Webseite vertrauenswürdig ist oder nicht. Sie gibt vor, die Echtheit und das Vertrauen in eine Webseite mittels gegenseitiger Bestätigungen zu sichern (siehe auch S&G-Ausgabe 12/2012). Selbst eine Recherche des Norddeutschen Rundfunks NDR hat gezeigt, dass diese bereits über 100 Millionen Mal heruntergeladene Software im großen Stil

Nutzerdaten abgreift und diese an einen Server weiterleitet. Diese Datensätze, welche Rückschlüsse auf E-Mail-Adressen, Anmeldenamen oder bevorzugte Reisen und andere Vorlieben zulassen, wurden in nachgewiesenen Fällen an Dritte weiterverkauft. Hier wird den WOT-Benutzern Wahrheit und Vertrauen vorgegaukelt, dabei werden die Nutzer bis in die kleinsten Details ausgespioniert und obendrein wird mit diesen Daten auch noch Geld verdient. [7]

*WOT = „Web of Trust“ – zu Deutsch „Netz des Vertrauens“

Ohne Smartphone zahlungsunfähig

nh. Wohin bargeldloses Zahlen führen kann, zeigt sich in China schon sehr deutlich. Dort besitzen viele Bürger kein Bargeld mehr. Stattdessen werden von Jung und Alt alle Zahlungen per Smartphone (Mobiltelefon) erledigt. Über eine App (Anwendungsprogramm) kann man selbst an kleinsten Essensständen schnell und bequem die Rechnung begleichen. Teilweise geht es jedoch schon so weit, dass man nur noch auf diesem Weg bezahlen kann. Möchte man z.B. eines der Fahrräder ausleihen, die an allen Ecken angeboten werden, ist das nur auf dem eben beschriebenen Weg möglich. Wer über diese App nicht verfügt, hat Pech gehabt und muss auf den Fahrradverleih verzichten. Was heute „nur“ das Fahrrad betrifft, können morgen vielleicht schon lebenswichtige Dinge sein. [8]

Schlusspunkt •
All diese existenzgefährdenden Entwicklungen tragen den Stempel der Globalstrategen mit ihrer geplanten Neuen Weltordnung (NWO). Darin hat es keinen Platz mehr für selbstbestimmende Menschen, die wirtschaftlich, sprich finanziell unabhängig sind. Je zahlungsunfähiger die Menschen durch immer mehr Steuern und Abgaben gemacht werden, desto manipulier- und steuerbarer werden sie. Um dies zu verhindern braucht es Ihre Hilfe, indem Sie diese S&G unters Volk bringen!
 Die Redaktion (brm.)

Quellen: [5] Zeitschrift Schweizerzeit Nr.16, 1.9.2017, S.7 | www.generationenallianz.ch/argumente [6] www.zeitfragen.ch/de/editions/2017/no-19-7-aout-2017/la-securite-alimentaire-doit-etre-garantie.html | www.eduschweiz.ch/fileadmin/user_upload/1-EDU-CH/1-doku-ch/Argumentarium_Ernaehrungssicherheit_Nein.pdf [7] PCtipp, Ausgabe 12/2016, S.13 | https://de.wikipedia.org/wiki/Web_of_Trust | www.zdnet.de/88282024/bericht-browser-add-on-web-of-trust-spaelt-nutzer-aus/ [8] Zeugenbericht

Beziehen Sie Ihre S&Gs bereits von einem „internetunabhängigen Kiosk“? Wenn nein, dann bitte melden unter SuG@infopool.info zur Vermittlung. Bitte selbst mindestens 3x kopieren und von Hand zu Hand weitergeben!

Evtl. von Hackern attackierte oder im Internet verschwundene Quellen sind in den S&G-Archiven gesichert.

Impressum: 9.9.17

S&G ist ein Organ klarheitsuchender und gerechtigkeitliebender Menschen aus aller Welt. Ihre Artikel erhält sie von ihrer Leserschaft. Sie kommt, wann sie kommt, und es bestehen keinerlei kommerzielle Absichten.

Verantwortlich für den Inhalt:

Jeder Schreiber, Zeuge oder Verfasser sowie jeder, der eine Quelle angibt, ist nur für sich selbst verantwortlich. S&G-Inhalte spiegeln nicht unbedingt die Sichtweise der Redaktion wider.
Redaktion:
 Ivo Sasek, Verlagsadresse: Nord 33, CH-9428 Walzenhausen

Auch in den Sprachen: ENG, FRA, ITA, SPA, RUS, HOL, HUN, RUM, ISL, ARAB, UKR, TUR, SWE, LIT – weitere auf Anfrage
Abonnentenservice: www.s-und-g.info
Deutschland: AZZ, Postfach 0111, D-73001 Göppingen
Österreich: AZZ, Postfach 0016, A-9300 St. Veit a. d. Glan
Schweiz: AZZ, Postfach 229, CH-9445 Rebstein